

Kampfkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis pro Haus monatlich 11 Mk. Durch die Post monatlich 11 Mk. vom Postamt gebührenlos. Verlag v. G. Schöler: Halle. Verlagsnummer 11. Januar 1927. Gekauft 7-5 Uhr. Schriftleitung: Halle. Erscheinung 12-1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Wilmmerer Saal und Spalte; 500 Pf. für Räume, anhängend an den entsprechenden Zeitstellen. Anfragen bis nachmittags 9 Uhr erbeten, größere Tage vorher. — Geschäftsstelle: Leipzig 1008 48, Gunglstr. 34/35

Einzelpreis 50 Pf.

Montag, den 16. Januar 1927

2. Jahrgang. Nr. 13

Die Arbeiter sollen bluten!

Die Sozialdemokraten lassen die Forderung der Ersetzung der Sachwerte fallen — Steuerkompromiß perfekt — Erste Staffel der Brotverteuerung: 75 Prozent; weitere Preissteigerungen folgen — Arbeiter, demonstrieren gegen die Verelendung — Auf zum Kampf für die zehn Punkte des ADGB.

Die „Röschische Zeitung“ vom Sonnabendabend meldet:

Die Stundung, die Deutschland durch die Reparationskommission genehmigt ist, ist ein Provisorium, das im wesentlichen auf unverbindlichen Vereinbarungen beruht, die schon im Dezember vorigen Jahres während der Anwesenheit des Garantiekomitees in Berlin mit dem Reichsfinanzministerium getroffen worden sind. Die 21 Millionen, die zunächst alle zehn Tage gezahlt werden sollen, setzen sich zusammen aus 25 Millionen Goldmark als Ablösung für die 20prozentige Ausfuhrabgabe und aus 6 Millionen Zöllen. Eine dieser Mieten ist auch schon bezahlt worden.

Ehe die endgültige Entscheidung über das Stundungsgebeten der deutschen Regierung fallen soll, fordert der Oberste Rat einen Reform- und Garantiesplan für das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldmarkt, sowie ein vollständiges Programm für die Verzinsungen und Zahlungen im Jahre 1927. Einen Teil jener Voraussetzungen, die von den Alliierten in den Londoner Besprechungen an eine Abschreibung des Londoner Zahlungsplans geknüpft worden sind, ist bereits erfüllt worden; die Staats der Reichsgeld und der Reichsrentenbahn balancieren; der Gesamtetat für 1927 wird, soweit die Ausgaben im Betracht kommen, harte Kürzungen aufweisen und, abgesehen von den Aufwendungen für die Reparationsleistungen, ebenfalls balancieren.

Voransetzung ist allerdings, daß die Steuerreform schleunigt durchgeführt wird, möglichst innerhalb der künftigen Frist, die uns gesteckt ist. Es ist deshalb von wesentlicher Bedeutung, daß man die Bemühungen, die auf ein Steuerkompromiß gerichtet waren, als im wesentlichen gescheitert bezeichnen darf.

Nach der heutigen Besprechung des Reichstages mit den Führern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten darf das Kompromiß als gescheitert gelten. Die Sozialdemokraten verzichteten vorläufig auf die „Ersetzung der Sachwerte“ gegen Zugeständnisse hinsichtlich der direkten Steuern. Der raschen Verabschiedung der Steuerreformlagen nach dem am 19. d. M. erfolgenden Wiederzusammentritt des Reichstages steht jedoch kaum etwas mehr im Wege.

Der „Vorwärts“ und natürlich auch die „Freiheit“ demotivieren die Nachricht, daß die SPD-Führer die Erfüllung der Sachwerte fallengelassen haben. „Bon gut unterirdischer Seite“, so heißt es in dem Dementi, „wird mitgeteilt, daß es völlig falsch ist, von einem Kompromiß zu reden.“ Die Besprechungen am Sonnabend hätten nur eine Erörterung zwischen Vertretern der Sozialdemokratie und des Zentrums mit dem Reichsfinanzminister gebracht. Die Sozialdemokratie, an deren grundsätzlichen Standpunkt sich nichts geändert habe, werde erst am Mittwoch zu dem ganzen Komplex der Steuerfrage Stellung nehmen. Aber ganz abgesehen davon, daß die Meldung der „Röschischen Zeitung“ sehr bestimmt lautet, daß selbst der Reichsfinanzminister Brauns gesteht auf dem Reichsparteitag das Zentrum im Gegensatz zu den Sozialdemokraten von einem „teilweise beschränkten Eingriff in die Sachwerte“ sprach, wird heute erneut von bürgerlicher Seite gemeldet, daß die SPD „nunmehr ganz bestimmt den Gedanken der Ersetzung der Sachwerte fallengelassen und mit den bürgerlichen Parteien ein Steuerkompromiß abgeschlossen hat“.

Es steht fest und unumstößlich fest, daß die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften von langer Hand den neuen Verrat der Arbeiterintelligenz vorbereitet haben. Ausdrücklich spricht die Meldung der „Röschischen Zeitung“ davon, daß das Provisorium des Zahlungsausschusses auf Vereinbarungen beruht, die schon im Dezember vorigen Jahres getroffen wurden! Die sozialdemokratischen Führer mußten also schon seit vor Weihnachten, was alles kommen mußte. Abhänglich haben sie aber nicht gestanden, um eine bestmögliche Durchsicht der Erfüllung der Sachwerte herbeizuführen. Noch am 11. Januar haben sie durch die SPD- und USPD-Presse den Arbeitern hochtrabend versprochen, daß sie an den grundsätzlichen Haltung der Sozialdemokratie in der Frage der Erfüllung der Sachwerte nichts geändert habe und daß zu diesem Zwecke eine Kommission eingesetzt sei, um die Sache zu forcieren. Grundsätzlich haben aber diese Führer ihre alte Taktik fortgesetzt, um mit schönen Worten und rabulativen Forderungen die Arbeiter hinzuhalten und in den Glauben zu halten, es gelände etwas, um ihre Verelendung aufzuhalten, während sie nur den nächsten Zeitpunkt zum Verrat abwarten. So war es mit den bekannten 8 Punkten der Gewerkschaften von Bielefeld nach dem Kampfbuch, so war es mit den 10 Punkten, als die Frage der Arbeitslosigkeit brennend war, und so ist es auch mit den neuen 10 Punkten zur Be-

Brot — ein Lugusartikel

Erhöhung des Brotpreises um 75 Prozent!

Durch WTB wird die Mitteilung verbreitet, daß die Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Verbilligung von Brotgetreide, das im Ausland eingeführt wird, beträchtlich höher sind als die ursprünglich festgelegten 3,27 Milliarden Mark. Es heißt, daß bei einem Zollanhang von 100 Mark diese gesamte Zuluße im laufenden Erntejahr 12 Milliarden Mark betragen wird, in Wirklichkeit, da der Dollar seit langem bedeutend über 100 steht, noch erheblich größer ist. Es heißt dann: „Abgesehen von der Finanzlage des Reiches, welche die Aufbringung derartiger Mittel als ausgeschlossen erscheinen läßt, zwingt der dauernde Druck der Entente zum Abbau dieser Zuschüsse als Voraussetzung für Erleichterungen unserer Verpflichtungen.“

Aus diesen Gründen hat sich die Reichsregierung genötigt gesehen, dem Gedanken einer Erhöhung der Mehl- und Brotpreise näherzutreten. Das Reichsamt hat beschlossen, die Abgabepreise der Reichsgeldpreise für Mehl und Getreide mit Wirkung vom 16. Februar 1927 ab zu erhöhen. Diese Erhöhung wird eine Steigerung des Brotpreises zur Folge haben, die nach den angelegten Durchschnittsberechnungen auf etwa drei Viertel des jetzigen Preises zu veranschlagen ist, wobei sich je nach den örtlichen Verhältnissen in den einzelnen Kommunalverbänden Abweichungen nach oben oder unten ergeben können. Bei der Durchschnittsberechnung ist die voraussetzbare Erhöhung der Einfuhrkosten bereits berücksichtigt.

Auch bei dieser Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wird das Reich bei einer Jugendbedeckung des derzeitigen durchschnittlichen Dollarkurses für die Wiedergabe der Auslandseinkäufe immer noch 10,6 Milliarden Mark und selbst bei einem Dollarkurse von 100 Mark noch 6,25 Milliarden Mark aufzuwenden haben, also selbst im letzten Falle noch

hebung des Auslandslandes, der Teuerung und zur Aufhebung der Steuerlasten, die die Schulden der Vorkriegszeit. Immer wurden Forderungen nur aufgestellt, um Aktionen des Proletariats zu verhindern und es im Vertrauen auf seine Organisationsmängel hinzuhalten.

Nun ist wieder der Zeitpunkt gekommen, wo die Sozialdemokratie ihren Verrat unter dem Deckmantel des Drucks der Entente verheimlichen kann. In vierzehn Tagen müssen die Garantien für den provisorischen Zahlungsausschuss erfüllt sein. Da die Erfüllung der Sachwerte in 14 Tagen nicht durchzuführen ist, ist das für die Grund genug, „vorläufig“ auf die Erfüllung der Sachwerte zu verzichten und dafür Zugeständnisse hinsichtlich der bürgerlichen Steuern einzutauschen. Die Bürgerlichen können diese Zugeständnisse machen, denn erfahrungsgemäß dauert es drei Jahre, bis neue Besteuerungen erhoben werden können und bis dahin lassen sich auch diese in irgendeiner Form auf die arbeitenden Bevölkerungsschichten abwälzen und sich, wie mit dem „veredelten Reichsnotopfer“ und der direkten Einkommensteuer, die bisher nur die Lohn- und Gehaltsempfänger bezahlt haben, gut egeschäfte machen. Der „vorläufige Verzicht“ auf die Erfüllung der Sachwerte heißt aber Verratung dieser bis auf den Saft Nimmerleinstag.

Der Plan der Sozialdemokraten und aller bürgerlichen Parteien ist jetzt der, unter dem Druck des „Garantie-Vertrags“, den Arbeiter in Genuß zu setzen, die Steuererlässe, durch die die deutsche Arbeiterklasse dem langwierigen Hunger ausgeliefert wird, in einer Frist von wenigen Tagen durchzuweisen, ehe den Arbeitern richtig bemerkt wird, was mit ihnen geschieht.

Diesem unerhörten Stundung müssen sich die Arbeiter aller Parteien mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft widersetzen. Sie müssen allerorts in wichtigen Demonstrationen, in Versammlungen der Betriebsbelegschaften, der Gewerkschaften und allen anderen Organisationen Ablehnung des Steuerkompromisses von ihren Führern verlangen, das für sie Verfluchung und Unterang in Glend und Not bedeutet. Es gilt nicht allein den Führern der SPD und der Gewerkschaften Feuer auf den Kopf zu machen; auch den schwankenden Führern der USPD muß der Rücken gekehrt, auch sie müssen endlich zu Taten gezwungen werden, denn auch sie schwanken und sind nur zu geneigt, den Verrat mitzumachen. Begeißelt es doch eines der führenden Blätter der USPD, die „Leipziger Volkszeitung“, als die wichtigste Aufgabe der Ar-

des Doppelt von der bisher bewilligten Summe. Die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise bedeutet zweifelslos eine schwere und sehr bedauerliche Belastung der Lebenshaltung der Bevölkerung. Ungeachtet der Gefährdung der politischen und finanziellen Verhältnisse ist sie aber nicht zu vermeiden.“

Mit der neuen Preissteigerung wird das Brot zu einem Luxusartikel für das Proletariat. Aber diese Preissteigerung ist nur die erste Staffel der Preissteigerung. Da das Reich nach dem Garantievertrag für den „Zahlungsausschuss“ der Entente die Subsidien für die deutsche Wirtschaft einstellen muß, ist es gezwungen, auch noch die 10,6 Milliarden Mark im Etat für 1927 zu streichen, die es nach dieser Preissteigerung immer noch zu den Einfuhrkosten von Brotgetreide und Mehl im Ausland aufbringen muß. Mit anderen Worten: der gegenwärtigen Erhöhung muß in kurzer Frist eine weitere um 150 Prozent des bisherigen Brotpreises folgen!

Aber die Verelendung des Brotes ist überhaupt gar nicht abzuwenden, denn schon kommt eine Meldung, daß die Hoheitsbefehlshaber der Danowirtschaft derzeit ungenügend ist, daß nur ein geringer Teil der Arbeiter mit Hoheitsbefehlshaber begünstigt werden kann.

Die unabsehbar Verelendung des Brotes ist die erste Folge der Garantieforderungen, die die Entente für die „Erleichterungen“ an Deutschland stellt. Es ist die erste Folge des Versuchs, den Preis im Zustand und damit auch die Lebenshaltungskosten auf Weltmarktniveau zu heben. Es ist die Folge der Politik der Wirth-Regierung, die deutsche Wirtschaft an die Interessen des englischen Kapitals zu verlinken. Es ist ferner die Folge der Politik des Ernährungsministers Hermes, alle Maßnahmen zu auszuführen, daß die werktätige Bevölkerung die Zehn bezahlt.

Den Verlusten, die Deutschland Weltmarktpreise zur Geltung zu bringen, wird das Proletariat geschlossen damit beantwortet, daß es Weltmarktpreise fordert.

beiterpartei, die bürgerliche Politik der Erfüllung zu führen, die einzige Politik ist, die gemacht werden kann und gemacht werden muß.“ Die bürgerliche Politik ist aber die Politik der schändlichsten Ausbeutung und Verelendung aller derer, die gegen Lohn oder Gehalt arbeiten müssen. Das Proletariat hat aber anderes zu tun, als eine solche Politik zu führen. Was die deutsche Arbeiterklasse zu verlangen, und für was sie in einheitlich geschlossener Front zu kämpfen hat, das ist in den Forderungen der von der Berliner Betriebsrätekonferenz verabschiedeten Erklärung der Betriebsbelegschaften an dem Reichs eingeschickten Sachverständigen an den Alliierten Deutschen Gewerkschaftsbund festgelegt. Diese Forderungen sind:

1. Schnelle Gesetzesvorlage von Seiten der in der Regierung sitzenden Vertreter des ADGB und der SPD, die die Ersetzung der Sachwerte und Sachwerte festlegt.
 2. Im Falle der Nichtannahme des Gesetzes: Aufhebung des Reichstages und Neuwahl unter der Parole: Alle Wahlen auf die Bestehenden!
 3. Abbruch aller Verhandlungen mit der Großindustrie um ein Darlehen.
 4. Ablehnung jeder Stimmesaktion, auch in Preußen, da eine solche nur zum Nutzen der Kapitalisten dient.
 5. Kontrolle der Preisbildung im Betriebe durch die Betriebsräte, auf dem allgemeinen Markt durch die Organe der Arbeiterstaffel.
- Darüber hinaus aber müssen der ADGB, die USA und die politischen Parteien noch weitere Schritte unternehmen:
- a) Sie müssen die sozialistischen Regierungen (Sachsen, Thüringen, Braunschweig) aufzureden, sofort alle Schritte zu unternehmen, die im Rahmen der den Ländern zustehenden Befugnisse eine Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterstaffel ermöglichen, wie sofortige Einstellung der außerordentlichen Steuern bei künftigen Kapitalisten, kritische Schluß der Arbeitszeitgesetze, Zuschüsse an Gemeinden mit Arbeiterbeschäftigung usw.
 - b) Sie müssen alle Arbeiter mobilisieren für die in meinen Kreisen der Arbeiterstaffel lebendigen Forderungen der Freilassung politischer Gefangener.

Zwei Pfund Jeder 1000 Kronen. II. Wien, 13. Januar. Der Zudepreis wurde neuerlich erhöht. Wirtshäuser 1000 Kronen pro Kilogramm, Kaffeehäuser 940 und Hofhäuser 850 Kronen pro Kilogramm.

Das Klettern der Preise

Die Großhandelsinhaber bemerkt sich anwärtlich
Berlin, 14. Januar. Die Großhandelsinhaber des
Städtischen Reichsamts ist unter dem Einfluß der Kohlen-
und Eisenpreiserhöhungen von 3416 im Durchschnitt des Monats
November auf 3457 im Durchschnitt des Monats Dezember gestiegen.
Die für die anderen Waren gegen Ende November eingetretene
Preissenkung, die Preise dagegen eine gewissen Schwankung er-
reichte, wurde mit mehrerlei Ausnahmungen der Preisbewegung
durch eine erneute Aufwärtsbewegung der Preise abgelöst,
ohne daß im Monatsdurchschnitt das Niveau vom November
wieder erreicht wurde. Es gingen im Monatsdurchschnitt Getreide
und Kartoffeln von 3397 auf 3437 zurück, Getze, Zucker, Fleisch
und Milch von 3164 auf 3168, Kolonialwaren von 4323 auf 4352,
landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von
3305 auf 3229; Feine Hüte und Leder von 6077 auf 4054; Teppiche
von 6518 auf 6185; Metalle von 5123 auf 4379, dagegen
Kaffe und Eisen von 2280 auf 2293 emporstiegen. Infolge
dieser Erhöhung der Preise von Kohle und Eisen liegt die Gesamt-
summe der Industriehöhe von 3615 auf 3669, die der Inlandsumme
von 2667 auf 2710, während die vorwiegend aus dem Auslande
eingeführten Waren gleichlaufend mit dem Dollarkurse, der im
Monatsdurchschnitt um 27 p. h. nachgegeben hatte, von 5662 auf 5671
oder um 10 p. h. zurückgingen.

Sie lassen die Armen schuldig werden

Berlin, 14. Januar. Vor dem Schwurgericht haben heute
die ersten Prozesse wegen der Plünderungen, die Arbeiter-
lose im November vorigen Jahres in zahlreichen Geschäften aus-
geführt hatten, begonnen. In einem Falle wurde der Arbeiter
Wenzel, der sich an der Plünderung eines Kleiderhändlers in
der Danziger Straße beteiligt hat, wegen schweren Landfriedens-
bruchs zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Ein an-
derer Arbeiter, der von einem der Plünderer ein Stück Eisen
erhalten hatte, wurde wegen Hehlerei zu zwei Monaten
Gefängnis verurteilt.

Ein inoffizielles Bild der kapitalistischen Gesellschaft; erst läßt man
die Arbeiter hungern, treibt sie zur Verzweiflung, und dann
ruft sich die Gesellschaft an den armen Arbeitlosen, die ins Ge-
fängnis gesperrt wurden. Die kleinen Diebe hängt man, die Großen
läßt man laufen. Die Großkapitalisten sind Großhändler, die die
Verelendung der Arbeitermassen durch ihre Profitgiererei auf
dem Gewissen haben, werden nicht bestraft. Sie sitzen in höchsten
Ansehen und können ihre schmutzigen Börsen- und Spekulations-
geschäfte bei heiligem Tage unter dem Schutze des Staates be-
treiben. Auch Steuern tragen sie nicht zu zahlen. Sie können
jedenfalls die Sozialdemokraten haben die Erfüllung der Schwere
endgültig sollen gelassen.

Der deutsche Beamtenbund lehnt das Regierungsangebot ab.

Vor einem Beamtenstreik?

In seiner Sitzung vom 14. Januar sah der Vorstand des
Deutschen Beamtenbundes folgenden Beschlus:

„Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat den Beschlus
seiner Vertreter über die Verhandlungsbedingungen mit der
Regierung entgegengenommen und erkennt die Haltung seiner
Vertreter an. Obwohl letzteren nicht, daß die vom Deutschen
Beamtenbunde aufgestellte Forderung nach legaler Gestaltung
des Teuerungszuschlags im Prinzip verwirklicht werden soll,
kann er nach Prüfung aller Verhältnisse die Forderung seiner
Vertreter auf Annahme der von der Regierung angebotenen
Regelung nicht beitreten. Er lehnt diese Regelung deshalb in
ihren Einzelheiten ab.“

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes wird seine
Forderung auf Erhöhung und legaler Gestaltung der Grund-
gehälter weiter vertreten, und befaßt sich die zur Durchsetzung
seiner Forderungen notwendigen Maßnahmen vor.“

Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß sämtlichen Beamten
oder Belegschaften ein Teuerungszuschlag von 2000 Mt. jähr-
lich oder etwa 165 Mt. monatlich bewilligt werden soll. Von ge-
wisser Seite wird das als ein großer Erfolg des Deutschen Beamten-
bundes hingestellt, weil damit die gleiche Stufen für den Teue-
rungszuschlag erreicht sein soll, wogegen, aber nur für diesen
Teuerungszuschlag — der Teuerungszuschlag nach dem Wohnungs-
gesetz bleibt nach wie vor in seiner alten Schönheit erhalten. So
erklärt sich leicht, warum die Beamten nicht einverstanden sind,
für einen ungewissen Erfolg halten, wenn die Beamten der o. e. in
Gruppen nur ebenfals Teuerungszuschlag erhalten wie die Beamten
der unteren Gruppen. Tatsächlich muß diese neue Einbeziehung
auch der oberen Gruppen in die Aufbesserung den Resten aber bis
zur nächsten Sitzung.

Die oberen Gruppen waren im November auf Vorladung der
Regierung weit über die Vorladung der Spitzengewerkschaften hinaus
unbeweist angekommen. Dann kam der Reichstag und gab
ihnen vom 1. Januar 1922 ab durch die Ermäßigung der Einkommen-
steuer noch einmal gewaltige Gehalts. Diese betragen für Gruppe
60 jährlich nur ein Vermögensgehalt bis 5700 im Ein-
gehalt, für Gruppe 11 von 4100 bis 5000, für Gruppe 12 von
1400 bis 12000, für Gruppe 13 von 11200 bis 17900 Mark usw.
Das waren ganz bedeutende weitere Einkommensaufbesserungen,
während die 6 unteren Gruppen noch nicht 600 Mark jährlich
Teuerungszuschlag erhielten. Also einmal eine ungewisse Begründung
der oberen Belegschaften schon in der Teuerungszuschlag,
vor allen Dingen auch in den sehr hohen Grundgehältern, dann
hier weitere Begründung durch den sehr beträchtlichen Steuer-
nachlass — und jetzt läßt man sie dreistens auch in dieser Aufbesserung
noch wieder teilnehmen, während man den schwer notleidenden
unteren Gruppen sogar den Zuschlag dieser geringen Beträge,
die durch die Einkommensteuer bewirkt werden. Begriffe sind
dieser Art, die in enger Verbindung mit dem Beamten-
verbande der Industrie und Landwirtschaft zusammengekommen sind.
Bei den Preissteigerungen dieser Gruppen haben die Arbeitnehmer
aber nichts dreingesehen.

Der Hamburger Spitzelsumpf

In Hamburg gerieten in die Hände unserer Genossen eine
Reihe von Dokumenten, die die Gestalt einer regelrechten Spitzel-
organisation, mit eigenen Bureaus, Agenten usw. bezeichnen. Diese
Organisation, die in enger Verbindung mit dem Ham-
burger sozialdemokratischen Parteimitglied H. u. h. hand, besaß
außer der kommunistischen Partei auch die USPD, die Kommu-
nistische Jugend, die Arbeiter-Union, die Gewerkschafts- und Be-
triebsorganisationen, die Entente-Union usw. Man liest eine reiche
Menge Berichte über die Tätigkeit dieser Organisation und wenn
kein „Stoff“ vorzuliegen war, so schickte man eben die Dokumente
erfand Aufgaben, um damit seine Erzählungsbereitschaft zu beweisen.
So sollte einmal sogar die große Hamburger Außenwelt gequält
werden, natürlich — von Kommunisten. Jetzt ist die ganze Spitzel-
organisation der Regierung, dem Reichsamt für Arbeitvermittlung
übergeben worden und die Spitzelorganisation ist nunmehr
größer in Hamburg entfällt. Wir hoffen, daß auf Hamburg auch
andere Städte der demokratischen Spitzelrepublik Deutschlands
folgen werden.

Berliner Kundgebungen

Berlin, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In Berlin
finden gestern Kundgebungen der SPD. in allen Stadtteilen zum
dritten Jahrestage des Todes Karl Liebknechts u. a. Rosa
Luxemburgs statt, die sämtlich gesteuert waren.

Berlin, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die USPD.
veranstaltete am gestrigen Sonntag eine internationale Kund-
gebung, bei der auch Ledebur und der bekannte antisowjetische
Führer Wladimir Iwaschko sprach. Er sagte, die russische Revolution sei
von der Bolschewiki an den Rand des Abgrundes getrieben wor-
den, Rußland stehe vor dem Kapitalismus.

Die Verschleppung der Lichtenburger

Die Maßnahmen der Justizverwaltung zur Abklärung des ge-
planten Lichtenburger Hungerstreiks sind im vollen Gange. Nach
Sonnenburg wurden abgeholt: Genosse Grünberg, Genosse
Waller, Genosse Thiemann, die beiden letzten Unter-
zeichner des Aufrufs vom 24. Dezember, ferner Genosse Buch-
mann, dessen Brief der „Rassensumpf“ Mitte vorigen Monats
veröffentlicht, und Genosse Wenzel. Die Namen dieser Ge-
nossen zeigen deutlich, welchen Charakter die Verschleppung besitzt.
Vollkommen unbekannt dagegen ist nach wie vor der Aufenthalt
des Genossen Franz Ugelmann-Kempin, denn er ist weder
in Lichtenburg noch in Sonnenburg. Wir fordern nochmals den
Reichsjustizminister Raab d. r. u. a. auf, bekanntzugeben, wohin Ugel-
mann verschleppt wurde, oder ob man ihn schon auf irgendeine be-
queme Weise befreit geschafft hat.

Die Klagen über die Behandlung der politischen Gefangenen
reichen nicht ab. Man denkt gar nicht daran, die schwererkranken
Genossen aus der Haft zu entlassen. So liegt in Torgau im
Lazarett des Straflagers für die Lichtenburger nach Torgau
geschleppte Genosse Schumann schwer krank im Lazarett, während
der Kumpel o. Hirsfeld Strafanzeige erhebt, wird unseren
Genossen ein solches Entgegenkommen nicht zuteil.

Zu all diesen Dingen schweigt die sozialdemokratische und die un-
abhängige Presse. Die „Freiheit“ hat ja auch genug zu tun, um
immer wieder neue antisowjetische Begehrungen über den an-
täglichen Terror der Sowjetregierung zu bringen und sich um das
Geschick der russischen Revolutionäre zu kümmern. In ihrer
gestrigen Abendausgabe ist sie noch nicht einmal damit zufrieden,
den Sowjetregierung sogar ihre schimmlichen Gegner, notari-
sche Vertreter an der Revolution, vollkommen frei läßt und ihnen, die
ja für die vollendete Demokratie schwärmen, sogar auf Staats-
kosten die Reise in die Gefilde der Moskoprovinz ermöglicht. Wir
würden der „Freiheit“ empfehlen, sich lieber darum zu kümmern,
ob die deutschen Revolutionäre in den Zuchthäusern nicht zu Tode
gequält werden, und daß man diese Arbeiter nur halb so gut be-
handelt, wie die russische Revolution ihre gefährlichen Feinde.

Die französische Partei und die Frieslandgruppe „Eine verkehrte Kampagne“

Unter dem Titel „Eine verkehrte Kampagne“ behandelt Ge-
nosse Rapport in unserer französischen Bruderzeitung „Humanität“
die neuen Vorstöße der Frieslandgruppe. Er schreibt:

„Man darf sich niemals von dem Wagnis leiten lassen, beizubehalten
wenn die Vertreter der Frieslandgruppe sich unter andere Partei
gerichtet sind. Einige Genossen der kommunistischen Partei Deutsch-
lands scheinen diese Grundzüge verfolgen zu haben. Unter dem Ein-
druck eines schamlosen Denunzierungsdeluges, der durch die offiziellen
Regierungsorgane gegen die Kommunisten ge-
führt wurde — es handelt sich um angebliche Enthaltungen über
die Wertung der Frieslandgruppe, die von der Ordnungsgewalt
Maahan und ihre Freunde in den Reichsamt unter schimmlichen
Feinde ein.“

Sie veröffentlichen eine Broschüre, die für die Partei-
mitglieder bestimmt war, aber die selbstverständlich in die Öffentlichkeit
drang. Darin verlangen sie die Verbannung der „Schuldigen“
aus der Partei, die sie nicht als Feinde der Partei betrachten.
Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Frieslandgruppe sich nicht
nichts, die niemand handelt! — ist es jetzt der richtige Augen-
blick, um unter den Revolutionären nach Schuldigen zu suchen?
Die Revolutionäre zahlen dafür Opfer ihre eide Ugebild,
die natürlichen Fehler. Es ist ein Verbrechen sich dieser unermeh-
lichen Opfer als Feinde zu begeben, um der Ordnungsgewalt
Maahan entgegen zu treten. Die Frieslandgruppe wendet sich
gegen die offiziellen Regierungsorgane gegen die Kommunisten ge-
führt wurde — es handelt sich um angebliche Enthaltungen über
die Wertung der Frieslandgruppe, die von der Ordnungsgewalt
Maahan und ihre Freunde in den Reichsamt unter schimmlichen
Feinde ein.“

Glücklicherweise wendet sich die Partei energig gegen diese un-
geschickten und maßlosen Kritiken an der Parteileitung. Man mag
uns gekörten, die kommunistische Partei Deutschlands dazu zu
bestimmen, daß die nicht als Feinde der Partei betrachten werden
müßten Genossen zu diskreditieren und energig jede nach richtiger
sichtete Kampagne gegen die große Mehrbewegung zurückzuweisen.
Es widerspricht der revolutionären Tradition, eine Bewegung zu
verurteilen, weil sie an ihrer unangenehmen Vorbereitung und an
der Unvollständigkeit der Massen leidet. Die beste Kritik ist in
diesem Fall die Bewegung unter besseren Bedingungen wieder auf-
zunehmen, indem man sich die Lehren der Vergangenheit zunutze
macht.

Angeklagte Anklage

Vor dem Schwurgericht wurde verhandelt gegen die
Mittelbürger einer am 12. März 1921 im dortigen Zuchthaus aus-
gebrochenen Meuterei. Dabei kamen allerlei interessante Einzel-
heiten aus dem Göttinger Zuchthaus zu Tage, wodurch sich ergab,
daß die Meuterei nicht ohne triftige Gründe ausgebrochen war. Die
Angeklagten, die eine letzte Solidarität und gegenseitige Disziplin
auf der Anklagebank genossen, übten, erhoben schwere und an-
sehend berechtigte Anklagen gegen die Anklagebehörde und die
Beamten. In der Nacht 1920 wurde die Meuterei in Göttingen
ausgebrochen, so daß sie sich auf einer Notwehr gestützt haben. Zu dem
Ausbruch selbst hat die Anklagebehörde durch das Verhalten der Beamten
geradezu ermuntert worden. Die Anklagebehörde behaupten nämlich,
daß die Tore des Zuchthaus von den Beamten „leichtsinnig offen
gelassen“ worden seien und ihnen dadurch die Flucht erleichtert
worden sei. Diese Angaben gemessen eine gewisse Berechtigung,
weil im Verlaufe der Verhandlung klar zeigte, daß die Anklage-
beamten einige Zeit vorher die Direktion um eine „Friedenspläne“
ersucht, diese aber nicht befristet erhalten hatten. Deshalb wurde
auch eine kleine Meuterei nicht unangehen kommen denn durch sie
wurde die Anklagebehörde demontiert, daß die „Schuldigen“ nicht
auf der Anklagebank, sondern in der Meuterei die Beamten die meisten
besonderen Personen, die sie vor dem Unterführer gestrichelt
hatten zurücknehmen weil sie offensichtlich unzufrieden und wahr-
scheinlich nur gemacht worden waren um sich selbst möglichst zu
entlasten. Aus diesem Vorgehen der Anklagebeamten ist der Ein-
druck zu gewinnen, daß sie um ihre ansehend ungewisse Be-
zahlung zu verdienen, die Anklagebehörde in Göttingen schickten,
allerdings nicht nicht gerade stolzes Bedürfnis für die Lage
der Meuterei daraus. Die Anklage drach also zusammen und

die Geschworenen mühten sich zur Vereinerlichung der Schuldfrage kommen.
Aber zu dem Ende des Verfallsstrafens, die Anklagebehörde, die
urteilten sie den Hauptangeklagten den „Rechtsverbrecher“ Schmidt,
wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu einem Jahr Ge-
fängnis.

Laßt Euch nicht irremachen!

Von H. Cberlein

Nachdem der „Vorwärts“ seine „Enttäuschungen“ über die
Märzpläne brachte und die Gegner der Partei laßen, daß in
der Tat einige Kommunisten sich dadurch verblöden ließen,
lehnte die ganze sozialistische und bürgerliche Bewegung diese
Methode fort, in der Hoffnung, unsere Genossen bei ihrer Arbeit
zu verwirren. Die einen lassen in Stuttgart, kommunistische
Briefkasten“ fliegen, die anderen bringen Enttäuschungen
Wendig sofort die Spitzelarbeit an, die dritten hängen in
Munich der internationalen Töten und behaupten, die
Verpflichtung der illegalen Arbeit die Verschleppung der
heimlichen Militärorganisation sei kurzum, wird aus dem
Blau vom Himmel entfällt, um Verwirrung in die Reihen
der Partei zu tragen.

Da ist es nötig, unseren Genossen zu sagen: Laßt Euch nicht
verwirren! Unbedingt ist es das Schlimmste jetzt Eure Arbeit
mutig fort, denn sie ist notwendig im Interesse der Revo-
lution; sie ist notwendig im Interesse der kommunistischen
Partei.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Ver-
pflichtung zur illegalen Arbeit keine militärische Spitzelerei ist,
sondern nichts anderes bedeutet, als daß die Partei an jedem
Tage gerüstet sein muß, auch in Zeiten der schweren Ver-
folgungen, ihre Arbeit zu verteidigen. Das kann sie am besten,
wenn die Durchorganisierung der Partei mit aller Energie
fortgesetzt wird. Ueberall da, wo die Jahrgroups einget-
rigtet und durchgeführt wurden, haben wir gesehen, wie das
Verhältnis der Kommunisten zueinander und zu den Arbeit-
einen ein engeres und festeres wurde. Wo die Jahrgroups
funktionieren, ist die Bearbeitung der Bewohner des Wohn-
bezirks eine viel bessere und sorgfältigere als vorher. Wo
die Jahrgroupsleiter die Beiträge leisten, gehen sie nicht
leicht ein, sondern nur, wenn es sich um die Zusammenführung der Mit-
glieder handelt. Wo die Jahrgroups funktionieren, da
funktioniert auch der Nachschubdienst. Nicht Wasserläufer der
Ordnung sind durch sie aufgehoben. Zahllose Kontroversen
und ihre Zusammenkünfte sind heute unseren Genossen
bekannt. Diese Arbeit muß mit noch größerem Eifer als
bisher fortgesetzt werden. Durch die enge Zusammenfassung
der Genossen in der Jahrgroups lernen sich die Mitglieder
gegenseitig viel besser kennen als früher. Gut funktionierende
Jahrgroups sind die beste Sicherheit gegen das ungewisse
Spitzelwesen der sozialistischen Regierungen. Durch ihre
Arbeit sind in den letzten Monaten nicht weniger als 60 Post-
beispiele aus der Partei hinausgeworfen worden.

Besonders der Kurierdienst liegt unseren Gegnern am
Nahen. Das ist verständlich. Das sollte aber der beste An-
sporn für unsere Genossen sein. Der Kurierdienst ist not-
wendig, um die Verbindung von Ortsgruppe zu Ortsgruppe,
vom Unterbezirk zum Bezirk, vom Bezirk zur Zentrale in jeder
politischen Situation aufrecht zu erhalten. Denn wir haben
in der Vergangenheit gesehen, sobald einmal ein Eisenbahn-
verkehr ausbricht, sobald Post und Telegraph nicht arbeiten, ist
die Verbindung zwischen den Organisationsgruppen der Partei
gerade in den Zeiten der Streiks und in den Zeiten des Kriegs-
standes ist die enge und feste Verbindung der Genossen unter-
einander doppelt notwendig. Deshalb sagen wir Euch, laßt
die anderen Jeter und Morbio schreien, wir aber bauen den
Kurierdienst aus, so daß er in jeder Situation die Verbin-
dung der Genossen ermöglicht. Diese Vorbereitungen sind heute
zu treffen. Die Genossen, die dann zusammenarbeiten, müssen
sich heute kennen lernen. Um besser und umso schneller
wird der Verbindungsdienst dann funktionieren.

Su den letzten Monaten ist auf dem Gebiet der illegalen
Arbeit mancherlei gescheit worden. Leider noch viel zu wenig.
Das heutige Enttäuschungslied unserer Gegner darf aber
nicht dazu beitragen, daß die notwendige Arbeit aus nur
eine Stunde ruht. Deswegen, Genossen: Laßt Euch nicht oc-
zillieren! Bleibt auf das Geschick Eurer Genossen und erfüllt
auch weiter Eure Pflicht, wie es im Interesse der Bewegung,
im Interesse der Partei notwendig ist.

Die Kindererziehung in der deutschen Republik

Unser Chemnitzer Parteiorgan, der „Kämpfer“, berichtet:

Ein erdachtener Bild sozialer Eltern hat sich am Dien-
stag dem 8. Januar, nachmittags, den Kindern auf dem Schan-
hofe Leuter (Ergebirge). Drei Zöglinge der Fürsorgeanstalt
Johanngeorgenstadt, Knirpe von 8 bis 12 Jahren, die sich wahr-
scheinlich in kindlicher Schamkeit nach Eltern und Geschwister
auf der Anstalt entfernt hatten, erwarteten ihren Knirpsport
hinter dem Rücken der Kinder aus der Kiste. Mit Ketten zusammen-
geschloßen, in leichter Kleidung, vor Kälte und Hunger stierend,
standen sie da, während die Angst vor dem liebreichen Empfang,
der sie erwartete, deutlich aus den kleinen Gesichtern zu lesen
war.“

Bisher waren die Ketten in Deutschland nur für Schwere-
verbrecher und Kommunisten in Arbeit und daselbst die
bestimmt. Jetzt kommen noch Arbeiterkinder hinzu. Mit ge-
wöhnlicher Verächtlichkeit wollen die „Kampfer“ in
ihren blinden Arbeiterkreisen, die „Autorität der Schule“ durch
Ketten haben, in voller Verformung, daß die Art Erziehung
nicht das erste Stadium der Verbrechenslaufbahn bedeutet. —
Arbeiter, Genossen! Kämpft gegen die heutige heidnische
Gesellschaft, für die neue Schule, die Schule der befreiten
Menschheit!

Das Ministerium Poincaré

Starke Strömungen gegen das nationalsozialistische Kabinett
Paris, 15. Januar. Das neue Ministerium ist endlich ge-
bildet. Es legt sich zusammen aus: Ministerpräsident und Minister
des Auswärtigen Raymond Poincaré, Vizepräsident, Justizminister
und Minister für Elsaß-Lothringen Barthou, Inneres Manroux,
Finanzen de Calvagne, Krieg und Pensionen Maginot, Unterricht
Leon Berard, Kolonien, Serrault, Arbeit und wahrscheinlich auch
Gesundheitswesen Alexander Berard, Verkehr Le Courcier, Marine
Rastrel, Gesundheitswesen Oberon, Arbeit, Gebiete Reichel, Berard
Dior. Das Kabinett stellte sich am Abend des Sonntags dem Prä-
sident der Republik und Kriegsminister, den ehemaligen
Sozialisten Millerand vor. Es machen sich schon heute in
Frankreich starke Strömungen gegen das nationalsozialistische Kabinett
bemerkbar.

Warschau, 12. Januar. (Antel.) In den nächsten Tagen be-
ginnt vor dem Bezirksgericht in Lodz ein Prozeß gegen neun Ver-
weirter, die auf Grund der Ausnahmegerichte des Vertriebes des Um-
weltschutzes in Lodz verurteilt wurden. In dem Angeklagten
bröckel auf Grund der Ausnahmegerichte die Todesstrafe oder längere
Fester vor zehn bis zwanzig Jahren.



Kommunistische Partei Deutschlands.
 Bezirksleitung für Halle-Weißenfels.
 Bureau an Halle, Lindenstraße 14. Fernsprecher: 177.
 Geschäftszeiten: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonntags normal geschlossen.

Versammlungen.

Unterbezirk Bitterfeld - Wittenberg.
 Bitterfeld, Montag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Lindenhof“: Redeschluss. Red.: Genosse Otto Müller (Halle).
 Halle, Montag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Kleinen Saale“: Defensitive Versammlung. Redent.: Genosse Sachse (Bitterfeld).
 Sandersdorf, Dienstag, 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Defensitive Versammlung. Thema: Die militärischen Kämpfe und die Arbeiterfrage. Redent.: Genosse Dertel (Halle).
 Jolowitz, Donnerstag, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Defensitive Versammlung. Redent.: Genosse Sachse (Bitterfeld).
 Bitterfeld, Samstag, den 21. Januar, nachmitt. 5 Uhr, im Volkshaus „Jüdischer Platz“: Sitzung der Unterbezirksleitung.

Unterbezirk Torgau-Riechenwerda.
 Torgau, Dienstag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Defensitive Versammlung. Red.: Gen. Landtagsabgeordneter Schermer (Halle).

Unterbezirk Naumburg-Weissenfels-Zeitz.
 Zeitz, Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus: Defensitive Versammlung.

Zeitz, Samstag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im Volkshaus „Blauer Stern“: Defensitive Versammlung.

Graschwitz, Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Volkshaus „Mühlenteich“: Defensitive Versammlung.

Wittenberg, Dienstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus „Der Schenk“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Politische Lage und Organisationsfrage. 2. Neuwahl des geleiteten Vorstandes. Berichterstattung. Ein Mitglied der Unterbezirksleitung ist anwesend.

Modernes Theater.
 Eine Sensation für Halle.
Hirschberg-Jura, Oskar Wehle, Marcik Mertens.
 † Gift † † Gift †
 Operettenstück von Oskar Wehle.

Hallisches Operetten-Theater
 Dienstag, den 17. Jan. 1922, Anfang 7 1/2, Ende 10 Uhr: am Riechplatz (Fernruf 9183)
Die Geisha. 7 1/2 Uhr.
 Donnerstag, 19. Januar, 7 1/2 Uhr.
 Zum 1. Male:
Der Bekker aus Dingda.
 Operette in 3 Akten von F. Bekker u. K. Krumm. Musik von Eduard Künnele. Uraufführung täglich von 7 1/2 bis 1 Uhr, und ab 3 Uhr nachm. am Theaterplatz.
Stadt-Theater.
 Dienstag, den 17. Jan. 1922, Anfang 7 1/2, Ende 10 Uhr:
Das Dreimäderlhaus Musik nach Franz Schubert.
 Mittwoch: 221
Tiefenland

Witthma
 kann geschickt werden. Sprechstunden in Halle a. S., Magdeburger Str. 60, II. Etz. von Sonnabend 9.10-11 Uhr.
 Dr. med. Alberts, 1. Spezialarzt, Berlin SW 11.

Für Schuhhändler u. Wiederverkäufer!
 Ich bringe das Neueste und Elegante in Lederarbeiten wie **Hauschuhe** und **Gantofeln**. Prima Qualität zu billigen Preisen. Lagerbestand führt zur dauernden Kundszahl.

H. Wiebach, Schuhengros,
 Gr. Steinstr. 48, Ecke Ludwig-Wuchererstr., Tel. 4005.
 Prompter Versand nach auswärts. 217

Räufel
 Menschen, Tiere, Angestellte verfertigt sofort bei Bedarf und Tier, 100.000 mal benutzt. „Nischa“, gel. gefärbt, Wert von 50 bis 100. Feinwolle 10.
Alle Barzeitschriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**
Gelchirrführer, im Langhölzchen benannt, per Post geliefert.
Hermann Kurg. 214 Ammendorf.
Betanntmachung.
 Vergebung der eisernen T-Träger, Mauersteine, Grauw. und Weichkalk, Zement sowie der Dachsteine für ein 6 Familienhaus an der Staubstraße am 21. Januar 1922, 10 Uhr vormittags, Rathausstraße 611, Zimmer 106. Angebotsordnungen darauf, Zimmer 126, vormittags von 10-12 Uhr, für 2. Akt, des Bes. Städtisches Hochbauamt.

Gold Silber Platin
 Schmuckstücke, Schmiede alle Münzen, Feile alle Haufe, Gr. Steinstraße 40, I.
Anfragspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Man will Sie bluffen
 wenn eine gewisse Hallische Rohprodukt-Firma durch niedrigen Konkurrenzstempel Sie als Kunden zu gewinnen sucht.
Wir treten hervor mit höchsten heutigen Tagespreisen
 und zahlen für das Kilo:
Zumpfen (unsort.) M. 1,60 Rotguss M. 22,00
Alt-Eisen „ 1,30 Blei „ 9,00
Kupfer „ 35,00 Zink „ 7,50
Hafenselle p. Std. M. 30,00
Merken Sie drei Punkte in Halle
 die nach wie vor keine Schwarzmarktpunkte, sondern für Sie von ungemein Vorteil sind!

Kleine Ulrichstraße 26 im Hofe
Schweinitzstraße 36 Ecke Bettraminstraße
Albrechtstraße 24 im Hofe

Kurt Zöhl.
 Ab morgen bis Donnerstag:
Burg-Theater. Chauffeur 63... 57
 (5. Akt) Italienischer Abenteuerfilm mit Carlo Albini, der 2. Wächter.
 Aufgeführt am 22.6. 226
2 Erkaufführungen: Vom Rande des Simplex. 216

Die Internationale
 Wochenschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
 Begründet von Rosa Luxemburg u. Franz Mehring
 Jahrgang 4. Seite 4.
 Inhalt des Heftes:
Riebnacht-Lugenburg-Gedenblatt.
Alexander Friedrich: Cannes.
August Thalheimer: Die Theorie und die Praxis des Liquidationismus.
S. Plattner: Aus der Beamtenbewegung.
G. Ludwig: Wandlungen im deutschen Außenhandel.
Heinz Neumann: Der Pariser Kongress der K.P.Z.
Bücherchau.
 Preis 2.- Mark / Vierteljährlich 24.- Mark
 V I V A
 Verlagung Internationaler Verlags-Anstalten G. m. b. H. (Frankfurt Verlag / R. Erbst & Co.) Berlin SW 61

Bekanntmachung.
 Auf Grund des Gesetzes über Versicherungspflicht, Versicherungsbeschäftigung und Grundlohn in der Krankenversicherung vom 28. Dezember 1921 (RGBl. 22, S. 5) haben wir den Grundlohn (S 19 der Satzung) vom 9. Januar 1922 an wie folgt festgesetzt:
 Kassennmitglieder, deren Arbeitsverdienst beträgt:

Stufe	Für den Arbeitstag		Für die Woche		Für den Monat		Grundlohn	Wochenbeitrag
	von	bis	von	bis	von	bis		
1	bis	4,-	bis	24,-	bis	100,-	4,-	1,20
2	4,01	5,-	24,01	45,-	100,01	200,-	5,-	2,40
3	5,01	12,-	45,01	72,-	200,01	300,-	12,-	3,60
4	12,01	18,-	72,01	105,-	300,01	450,-	18,-	5,40
5	18,01	24,-	105,01	144,-	450,01	600,-	24,-	7,20
6	24,01	30,-	144,01	180,-	600,01	750,-	30,-	9,-
7	30,01	40,-	180,01	240,-	750,01	1000,-	40,-	12,-
8	40,01	50,-	241,01	300,-	1000,01	1250,-	50,-	15,-
9	50,01	u. mehr	300,01	u. mehr	1250,01	u. mehr	60,-	18,-

Die Kasseneinträge (S 45 der Satzung) betragen wie bisher fünf Hundertstel des Grundlohnes. Die Wochenbeiträge in den einzelnen Lohnstufen, wie sie vom 9. Januar 1922 an erhoben werden, sind vorstehend angegeben.
 Die Herren Arbeitgeber bitten wir, uns zur Neueinführung der Versicherung möglichst umgehend, spätestens aber binnen 8 Tagen, die zurzeit gewährten Entgelte an Lohn, Gehalt einschließlich der Zuschläge anzugeben.
 Für die Betriebsbeamten, Wermeister und andere Angestellte in gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und -lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bäckereien und Dachstuhlmeister ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen, Lehrer und Erzieher und die Schiffbesatzung deutscher Seefahrzeuge ist die Versicherungspflichtgrenze vom 1. Januar 1922 an von 15.000 Mk. auf 40.000 Mk. heraufgesetzt worden. Die hiernach versicherungspflichtig gemordenen Personen sind sofort, spätestens aber binnen 8 Tagen, bei unserer Kasse respektiv unseren Meldestellen anzumelden.
 S a n g e r h a u s e n, den 9. Januar 1922.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Sangerhausen.
 Feder, Vorsitzender.

Theater-Café Mansfelderhof
 Eisleben. Täglich Eisleben.
Künstler-Konzerte.
 Nachmittags 4-6 Uhr. Abends 8-12 Uhr.
 Ausgeführt vom Künstler-Trio:
Beder Schröd Billges
 Ungemeinster Aufenthalt. Direktor A. W. Meth.

Volksbuchhandlung Eisleben
 Breiter Weg 8, Filiale „Klassenkampf.“
Karl Riebnacht u. Rosa Luxemburgschriften sowie allerlei
 „Sozialistische Lektüre“ zu Riebnachtfeiern in reicher Auswahl. F.
Schulbücher, sowie alle Schreibutensilien und Schreibmaterialien fast der Proletarier im eigenen Unternehmen.
Werbt für den „Klassenkampf“!

UT
 Leipzig Str. 88.
 Der Senkhaus-Adventurer-Johannes-Baum
Brak Bullet
 Das Panzergeschob.
 III. Teil
Fluch ins Angewisse.
 IV. Teil
Im Wasser und unter der Erde.
 Zulammen 12 Hfte.
 Beginn: Wochentags 4 Uhr.

UT
 Alte Promenade 11 a.
Die Minderjährige
 Zu Jung fürs Leben, Großstadt 12 in 6 Hft.
Charlie Chaplin
 in der Graciele Chaplin & Co. Hummel englos.
Der Bentert
 in dem Aufstieg Das Ei des Columbus.
 Beginn: Wochentags 4 Uhr.

Utter, neu
 190,- 285,-
 Dauerhafte Arbeitsholen, neu 115.
Feldhaus Hofen, neu 145.
Reine, Leipziger Str. 55 I, am Riechplatz.

Kobkobi-Verwertungs-Gesellschaft
 m. b. H.
 Telephon 1577. **Domplatz 9** Telephon 1577.
 kauft laufend sämtliche Sorten:
Zumpfen, Papier, Knochen, Alteisen und Almetalle
 zu den höchsten Tagespreisen.
 Bei Waren-Abslieferung von Mk. 20,- an, wird ein sehr gut ausgestatteter Abreihelender gratis vorausgeschickt.

Licht-Spiele
 gr. Ulrichstr. 51.
 Täglich 4.00 bis 10.00
 Dempsen-Carpentier, der Vogtland des Jahreshunders.
 Genie
 Die Riesenanfänger der schönen Weltreise oder: 223
 Die Werdmühle von Gumbach.
 Hauptrolle: Leo Barry.
 Regie: Richard Eichberg.
 Diverse Einlagen.

Walhalla-Lichtspiel-Theater
 3. Teil:
Mit Nichte und Zoffo
 3. Teil:
 Gegen Jag und Zeit 224
 In der Hauptrolle: Eddie Pola.
 Vorl.: 4.00, 6.50, 9.30 Uhr.
 Sinar Webbs in Die Camera obscura 8. Hfte.
 Vorl.: 5.30, 8.10 Uhr.
 Einlage: Bobbs d. Abenteuer
 Vorl. 6.30 Uhr.

Felle
 kauft alle Sorten lebend. Felle.
J. Halle Gr. Steinstr. 13
 Eingang Mittelstr. 30

Von Dienstag früh an sieht ein Transport
pa. Bremer Futter- und Läufer Schweine
 6111 gr zum Verkauf.
D. Bruchhardt,
 Trothaer Straße 4. Telephon 3560.

Hausfrauen!
 Kauft nur in den Geschäften, welche im „Klassenkampf“ inserieren.

Familien-Nachrichten
 Am Sonnabend, früh 4 Uhr, verschied nach langem, schwerem Krankenlager meine innigst geliebte Frau, unsere gute Mutter,
Anna Kammann geb. Hammer,
 im Alter von 41 Jahren.
 Halle a. d. S., den 16. Januar 1922.
 In tiefem Schmerz
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes aus statt. 215

Unfälle Unglücksfälle verhandelt heute früh 1 1/2 Uhr unter hoffnungsvoller Sohn und Bruder, der Elektromonteur
Adolf Sante.
 In tiefem Schmerz
 Familie Sante, Liebenauer Straße 162.
 Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes aus statt. 216

